Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis im Februar ℳ 1.60 einschl. Trägerlohn, Einz.-Nr. 10 Goldpfge. Grundpreis f. Anzeigen: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Reklamen 35 Goldpfennige, Familienanz. 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Beitreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826 — Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. — Fernsprecher Nr. 29.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 27 — **Freitag den 1. Februar 1924** — **98. Jahrgang**

Tagesspiegel

Der Reichskanzler hat in Gegenwart des Außenministers Stresemann, des Finanzministers Luther und des Wirtschaftsministers Hamm die Mitglieder des ersten Sachverständigen-Ausschusses empfangen. Der Reichskanzler sicherte die Unterstützung der Ausschußarbeiten mit größter Beschleunigung und rückhaltloser Offenheit zu. General Dawes dankte für die Zusicherung.

Abends empfing der Reichskanzler den zweiten Ausschuß (für die Kapitalflucht), der aus je einem Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Belgiens und Italiens besteht. Vorsitzender ist der Engländer Mac Kenna.

Für den 1. Februar sind von der Reichsregierung auf Besatzungskosten 45 Millionen Goldmark angezahlt worden; der ganze Betrag für den Monat Januar beläuft sich auf das Doppelte.

In der Pfalz sind neue französische Truppenverstärkungen eingetroffen. Die Reichsregierung hegt gewisse Befürchtungen.

Zufolge der Unterredung des belgischen Außenministers Jaspar mit Poincaré soll das Ruhrgebiet in zwei Teile zerlegt werden, in ein französisches und ein belgisches Militärgebiet. — Das sieht nicht so aus, als ob man in der Pariser Unterredung so ganz einig geworden wäre.

Es verlautet, Venizelos, der nach einer erregten Kammerverhandlung wieder einen Anfall von Herzschwäche erlitt, beabsichtige, die Präsidentschaft niederzulegen.

Die Londoner „Times" erfährt, in Moskau herrsche über die Nachfolgerschaft Lenins starke Meinungsverschiedenheit. Die jetzige Oberleitung, Stalin-Kamenew-Tschitscherin, wolle so lange als möglich die Macht behalten, wobei Tschitscherin dem Namen nach die Führung haben solle. Die Ukrainer, Weißrussen und Kaukasier verlangen, wenn eine gemeinschaftliche Regierung nötig sei, so müssen alle Sowjetrepubliken darin vertreten sein.

Die Deutschen in Südwestafrika

Zur Londoner Verständigung

Vom Geh. Regierungsrat Dr. Ruppel

Im Oktober vorigen Jahrs sind zwischen dem Ersten Minister der Südafrikanischen Union, General Smuts, und Vertretern der deutschen Reichsregierung in London Verhandlungen über die Stellung der Deutschen in Südwestafrika geführt worden, die zur Unterzeichnung einer Denkschrift und zu einem Briefwechsel geführt haben, deren Texte soeben veröffentlicht worden sind. Der Friedensvertrag hat sich nicht damit begnügt, Deutschland sämtliche Kolonien wegzunehmen, sondern darüber hinaus das Schicksal der dort ansässigen Deutschen und des dortigen deutschen Eigentums der Willkür der neuen Besitzer überlassen. Sie können nach Belieben die Deutschen ausweisen und die Bedingungen bestimmen, unter denen sie Deutsche zur Niederlassung, zum Besitzerwerb und zur wirtschaftlichen Betätigung zulassen. Sie haben ferner das Recht, das beim Inkrafttreten des Versailler Vertrags vorhandene deutsche Eigentum zurückzubehalten oder aufzulösen. Diese Ermächtigungen, die das Deutschtum vogelfrei machen, sind zeitlich unbegrenzt. Das Deutschtum ist in den ehemaligen Schutzgebieten bis auf ganz geringfügige Reste verschwunden, das deutsche Eigentum verkauft oder in Staatsbesitz übergeführt.

Eine Ausnahme bildet Südwestafrika: Die Südafrikanische Union, die dort das Mandat ausübt, hat allerdings einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg zwangsweise abgeschoben, den größten Teil aber, etwa 8000 Deutsche, insbesondere der Farmer, unbehelligt im Land weiter wohnen lassen und von dem Recht gegenüber dem deutschen Eigentum so gut wie keinen Gebrauch gemacht. Immerhin blieben die im Lande belassenen Deutschen unter dem Ausnahmerecht des Versailler Diktats. Die Südafrikanische Union begann alsbald mit dem Versuch, die im Lande verbliebenen Deutschen zur freiwilligen Aufnahme des Union-Bürgerrechts zu überreden. Die Versuche blieben indes gänzlich ohne Erfolg. Die Deutschen lehnten den Gedanken, ihrerseits um die Verleihung des Bürgerrechts einer Macht, mit der ihr Vaterland sich bis vor kurzem in Krieg befunden hatte, zu bitten, rundweg ab. Die Unionsregierung trat dann mit dem Plan einer automatischen Einbürgerung hervor: den Deutschen soll durch ein Gesetz die Staatsangehörigkeit der Union unter dem Vorbehalt verliehen werden, daß jedem einzelnen innerhalb einer bestimmten Frist ein Ablehnungsrecht zusteht. Eine entscheidende Versammlung der Deutschen von Windhuk im Februar vorigen Jahres lehnte den Vorschlag ab.

Inzwischen hatte sich der Völkerbund mit der Staatsangehörigkeit der Bewohner der Mandatsländer beschäftigt. Aber er versagte vollständig, wie immer. Wenn den Deutschen ihre wichtigsten Interessen gewahrt werden sollten, so verblieb nur der Weg unmittelbarer Verhandlungen der Reichsregierung mit der Südafrikanischen Union. Da die Deutschen in Südwestafrika außerdem unter einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang und besonders nachteiligen Verhältnissen stark zu leiden haben, so kam es weiter darauf an, ihnen so weit wie möglich die Unterstützung der Landesverwaltung zu sichern. Die am 23. Oktober 1923 in London erzielte Verständigung ist das Ergebnis der von deutscher Seite unternommenen Schritte. Die Reichsregierung erklärt sich darin bereit, ihren Einfluß bei den Deutschen in Südwestafrika geltend zu machen, um sie zur Annahme des Unionsbürgerrecht gemäß einem allgemeinen Naturalisierungsgesetzes der Union zu bewegen und ihnen zu raten, von dem darin enthaltenen Ablehnungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Diese Zusage bildet das Gegenstück zu den Zugeständnissen der andern Seite. Sie wurde dadurch erleichtert, daß nach der inneren deutschen Gesetzgebung durch eine automatische Einbürgerung die Reichsangehörigkeit nicht verloren wird. Die Südwestdeutschen werden also auch nach der bevorstehenden Einbürgerung die Reichsangehörigkeit behalten und damit auch rechtlich mit dem Reich verbunden bleiben.

Was nun die einzelnen Punkte der Denkschrift betrifft, so ist grundlegend die Gleichstellung der Deutschen mit den Unionsbürgern hinsichtlich der Rechte und Pflichten. Damit ist jede unterschiedliche Behandlung der Deutschen ausgeschlossen, und die Ausnahmebestimmungen des Versailler Diktats gegen die Deutschen und das deutsche Eigentum in Südwestafrika sind erledigt. Eine besondere Bedingung schließt für ein Menschenalter jeden Zwang zum Militärdienst gegen das Deutsche Reich aus. Der freie Gebrauch der deutschen Sprache wird, auch im Verkehr mit den Behörden, verbürgt. Die Behörden werden, wenn irgend möglich, deutsche Eingaben deutsch beantworten. Vom Amtsblatt wird eine deutsche Uebersetzung ausgegeben. Die für das Deutschtum in Südwestafrika überaus wichtige Schulfrage ist zum Teil bereits vor längerer Zeit insofern gelöst worden, als auf Grund einer Vereinbarung mit den Deutschen in den Regierungsschulen deutsche Klassen gebildet worden sind. Die Hälfte der deutschen Kinder besucht aber nach wie vor die von der Bevölkerung selbst unterhaltenen freien deutschen Schulen, unter denen diejenigen in Windhuk und Swakopmund im Vordergrund stehen. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die zurzeit das Land bedrücken, ist der Fortbestand der dortigen Schulen stark gefährdet. Die bis zur Hälfte des Bedarfs gebenden Regierungsbeihilfen, die jetzt für eine Uebergangszeit zugestanden worden sind, werden dieses Unglück abwenden. Bezüglich der deutschen Missionen und Kirchen konnte man sich mit einer allgemein gehaltenen Erklärung begnügen, da die Verwaltung des Mandatsgebiets bisher schon gezeigt hat, daß sie zu deren wohlwollender Unterstützung die Hand bietet.

Den deutschen Farmern wird eine Vertretung im Landamt, das für die Farmvergebung zuständig ist, und der Landwirtschaftsbank, die den Farmern Kredite gewährt, gesichert. Der zum überwiegenden Teil von Deutschen bewohnten Küstenstadt Swakopmund, die durch die Verlegung des Hafens nach der früheren englischen Walfischbucht schwer beeinträchtigt worden ist, werden besondere Maßnahmen der Regierung zum Zweck des Ausgleichs dieser Nachteile in Aussicht gestellt. Den deutschen Arbeitern wird der Wunsch nach Einführung des südafrikanischen Unfallentschädigungsgesetzes erfüllt. Schließlich übernimmt die Mandatsverwaltung die Pensionen derjenigen deutschen Schutzgebietsbeamten, die sich bei der Uebergabe des Gebiets an die Unions-Streitkräfte im Dienst befanden und zurzeit im Land ihren Wohnsitz haben. Dieses Zugeständnis bedeutet nicht nur eine Entlastung der Reichsfinanzen, sondern auch eine beträchtliche Besserstellung der Pensionäre, denen es zugute kommt. Von allgemeiner Bedeutung ist schließlich die Bestimmung über die Einwanderung von Deutschen in das Mandatsgebiet. Sie war bisher grundsätzlich von der freien Entschließung der Mandatsverwaltung abhängig und praktisch an die Erlaubnis der Behörde im Einzelfalle gebunden. Jetzt sollen die Einwanderungsgesetze der Union in Südwestafrika zur Anwendung gelangen. Damit ist grundsätzlich die Einwanderungsfreiheit innerhalb der südlichen Grenzen zugestanden. In der Denkschrift ist ausdrücklich gesagt, daß im Rahmen dieser Gesetze die Deutschen willkommen sein werden.

Daß es der südafrikanischen Regierung mit dieser Erklärung Ernst ist, zeigt der Brief des Generals Smuts an die deutschen Unterhändler, in dem er für die Deutschen sowohl in der Union als auch in Südwestafrika Worte warmer Anerkennung findet und der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß sie an der Ausrichtung einer dauerhaften europäischen Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent kräftig mitarbeiten werden. Die Anerkennung hat eine über den Kreis der vorliegenden Verständigung hinaus gehende Tragweite insofern, als sie an ihrem Teil die Behauptungen über die Unfähigkeit der Deutschen auf dem Gebiet der überseeischen Kolonisation und ihre Unwürdigkeit zu weiterer Mitarbeit auf diesem Gebiet — Behauptungen, mit denen bekanntlich nach außen hin die Wegnahme der deutschen Kolonien begründet worden ist — widerlegt.

Die Hypotheken-Aufwertung

Wie bereits mitgeteilt, haben sich Reichsfinanzministerium und Reichsjustizministerium bei den Kabinettsverhandlungen über die dritte Steuernotverordnung durch gegenseitige Zugeständnisse in der Aufwertung der Hypotheken und Grundschulden verständigt. Die Aufwertung soll im allgemeinen auf 10 Prozent des Vorkriegswerts begrenzt werden, während der Reichsfinanzminister von einer Aufwertung zugunsten der Privatgläubiger nichts hatte wissen wollen, sondern den ganzen Aufwertungsgewinn für den Staat zu beschlagnahmen beabsichtigte. Diesem rechtlich und moralisch unhaltbaren Standpunkt gegenüber hielt der Reichsjustizminister daran fest, daß auch die Privatgläubiger ein Anrecht auf Aufwertung haben, worin er durch die Reichsgerichtsentscheidungen vom 28. November 1923 bestärkt wurde. So einigte man sich schließlich auf den bescheidenen Satz von 10 Prozent, der in Ausnahmefällen durch Reichsgerichtsentscheidung bis auf 25 Prozent erhöht werden kann.

Es werden nun voraussichtlich viele Fragen und Meinungsverschiedenheiten auftauchen, z. B. wie es in solchen Fällen zu halten sei, wo den Hypothekengläubigern die Aufwertungbefugnis zusteht, die bereits eine Löschungsbescheinigung erteilt haben. Dem Ordnungsgang des Rechts wird wohl insoweit Rechnung getragen, als die Gläubiger ja nachdem noch Geld mit einer leidlichen Kaufkraft erhalten, etwa bis Spätherbst 1922. Ende dieses Jahres stand der Dollar aber bereits auf 7350, die Papiermark hatte also nur noch den 1750sten Teil des Werts der Goldmark. Bei einer Schuldregelung zu dieser Zeit würde also eine „Aufwertung" von 10 Prozent nicht erreicht sein.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Aufwertungsvergütung von 10 bis 25 Prozent jedenfalls als Höchstgrenze gedacht ist. Es dürfte am zweckmäßigsten sein, wenn innerhalb dieser Grenzen durch Verhandlungen eine Einigung zwischen Schuldner und Gläubiger unter Berücksichtigung der Zeit der Aufnahme der Hypothekenschuld und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der beiden Teile erzielt wird. Eine Hypothek nach dem Krieg hat natürlich — an der Goldmark gemessen — an sich den Wert einer Vorkriegshypothek nicht, und die Nachkriegshypotheken verlieren in dem Maß an Goldmarkwert, je später sie aufgenommen worden sind. Für Streitfälle dürfte sich die Einrichtung von Schiedsgerichten empfehlen, wie sie an einigen Orten in Deutschland und allgemein in Oesterreich bestehen.

Zu bemerken wäre noch, daß die Aufwertung der Hypotheken und Grundschulden auch eine Neuregelung der Sparkassenguthaben zur Folge haben wird.

* * *

Die dritte Steuerverordnung

Die dritte Steuerverordnung ist vom Reichskabinett genehmigt und bereits dem Reichsrat, dem Reichstagsausschuß und dem Reichswirtschaftsrat zugestellt worden. Der wichtigste Teil über die Aufwertung privater Schulden enthält die Bestimmungen:

Für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypotheken und andere dingliche Lasten, für Schuldverschreibungen und andere Darlehensansprüche gegen private Schuldner ist grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 Prozent des Goldwerts der Forderung vorgesehen. Besonders ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu einer geringeren Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Ausschluß des Spekulationserwerbs und eine Begünstigung von altem Besitz von Mündeln, gemeinnützigen Anstalten, Stiftungen, sowie ähnlichen zu mündelsicherer Anlage gezwungenen Gläubigern vorsieht. Für die Regelung von Ansprüchen aus Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsverträgen gelten andere Besonderheiten, die eine angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen sicherstellen. Der zugelassenen Aufwertung dient ein besonders vereinfachtes Verfahren. Für öffentliche Anlagen ist bis zur Ablösung aller Entschädigungsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zinsen aufgehoben worden. Ob überhaupt und wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt der Zinsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden soll, wird später durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Gründe der Gerechtigkeit ebenso wie die des dringenden Finanzbedarfs von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldentwertungsgewinn des Schuldners zu besteuern. So werden Obligationsschuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Schuldverschreibungen getilgt haben, mit 12 Prozent des Goldmarkwerts der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresraten von je 2 Prozent zu zahlen. Zu diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch hinzutritt.

Die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne aus Krediten, aus der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden, sowie schließlich des Gewinns der Eigentümer von bebautem und unbebautem Grundbesitz wird vorbereitet. Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben.

Die Steuer für Gewinne bei bebautem, insbesondere städti-

chem Grundbesitz (im Anschluß an die Steigerung der Mieten) soll ebenso wie die von unbebautem Grundbesitz den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Ihnen wird auch die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne zugewiesen, die bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind. Neben diesen neuen Steuern werden den Staaten die durch die neue Verteilung bestehender Steuerquellen erforderlichen Mittel zur Hebung ihrer dringendsten Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur vollständigen Aufbringung der Besoldungen.

Der amerikanische Oelskandal

In der Petroleumindustrie ist immer etwas los. Die Oelskandalgeschichte ist im neuen Jahr um ein niedliches Ereignis bereichert worden, das sich auch neben dem großen Skandal des amerikanischen Standard Oel-Trusts vor zehn Jahren sehen lassen kann. Wie der Herr A. Fall damals zu der Ehre kam, zum Staatssekretär des Innern der Vereinigten Staaten ernannt zu werden, ist heute noch dunkel. Tatsache aber ist, daß er das ihm übertragene Amt zu höchst bedenklichen Privatgeschäften ausnutzte. So hat er z. B. bedeutende Oelgebiete in den Staaten Wyoming und Kalifornien, die von der Regierung für den Bedarf der Kriegsflotte vorbehalten waren und im Jahr 1921 zur Aufschließung an Privatgesellschaften verpachtet werden sollten, kurzerhand an die Sinclair-Gesellschaft gegen ein „Geschenk" von 100 000 Dollar gegen einen lächerlich geringen Pachtzins abgegeben. Fall ist auch in andere anrüchige Erdölgeschäfte verwickelt. Er hat u. a. im Sommer 1921 an den Börsen das Gerücht verbreiten lassen, die mexikanischen Erdölquellen seien schon nahezu erschöpft. Die Lüge, die sich natürlich nicht lang halten konnte, soll ihm und seinen Hintermännern einen schönen Börsengewinn abgeworfen haben. Fall wurde aus dem Staatsdienst entlassen, und er ist aufgefordert worden, sich vor dem Gerichtshof in Washington zur Vernehmung zu stellen. Ebenso das Haupt der Gesellschaft, Herr H. F. Sinclair, der jedoch einige Tage vorher nach Paris abgereist war; die Gesellschaft besitzt nämlich auch in Frankreich große Geschäftsanlagen. Die einschlägigen Geschäftsbücher scheint er mit auf Reisen genommen zu haben, denn sie waren in Amerika nicht vorzufinden. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Ländereien hat einen Antrag eingebracht, der vom Abgeordnetenhaus bereits angenommen ist, daß die Pachtverträge für ungültig erklärt werden. Dem Marinestaatssekretär Denby, der um die Machenschaften Falls wußte, wird vorgeworfen, daß sein Verhalten mindestens grob fahrlässig gewesen sei. Der Sinclair-Konzern hat immerhin den großen Trost, daß sie zu gleicher Zeit das Recht zur Ausbeutung der Erdölquellen in den vier nordpersischen Provinzen erhalten und als Gegenleistung nur versprochen hat, der jetzigen persischen Regierung bei der Aufnahme einer Anleihe von zehn Millionen Dollar behilflich zu sein.

Washington, 31. Jan. Der Senat hat die Ueberlassung der Erdölfelder an die Sinclair-Gruppe für ungültig erklärt, da bei dem Verkauf Betrug und Bestechung im Spiel gewesen seien.

Neue Nachrichten

Reichsjustizminister und Reichsgericht

Berlin, 31. Jan. Reichsjustizminister Emminger beantwortete ein (bis jetzt nicht bekannt gewordenes) Schreiben des Richtervereins des Reichsgerichts zur Hypothekenaufwertung und zu den Notgerichtsverordnungen in gereiztem Ton. Das Schreiben warnt die Reichsregierung vor Maßnahmen, die einen schweren Stoß nicht nur für das Ansehen der Reichsregierung, sondern auch für das Rechtsgefühl im Volk und für den Glauben an das Recht bedeuten könnten. Demgegenüber müsse er (der Minister) darauf hinweisen, daß es zur Auflösung der Rechtsordnung und zu einer unheilvollen Erschütterung des Staatsgefüges führen müsse, wenn ein Gericht für sich das Recht in Anspruch nehmen wollte, ein verfassungsmäßig zustandegekommenes Gesetz nicht anzuwenden, weil es nach der Ansicht der Mehrheit seiner Mitglieder mit dem allgemeinen Sittengesetz nicht in Einklang stehe. Es würde dem Volk jeden Halt nehmen, wenn man auch nur einen Zweifel daran bestehen ließe, daß sich das Leben des einzelnen und der Gesamtheit nach dem Gesetz zu richten hat und die Gerichte nach den bestehenden Gesetzen Recht sprechen. Es wäre zu bedauern, wenn nach dieser Richtung das Schreiben des Richtervereins Anlaß zu Mißverständnissen gegeben haben sollte und es sei wünschenswert, solchen Mißdeutungen durch offene Aussprache vorzubeugen.

Erweiterung des Beamtenabbaus

Berlin, 31. Jan. In einer Beamtenversammlung wurde mitgeteilt, daß vom Reichsfinanzministerium beschlossen sei, den Abbau der Beamtenschaft von 25 auf 30 Prozent zu erweitern. Eine weitere Ausdehnung werde je nach der Finanzlage des Reichs vorbehalten.

Stresemann und der Sechzigerausschuß

Berlin, 31. Jan. Die Vertretung der besetzten Gebiete in Berlin, der Sechzigerausschuß, der nach einem scharfen Zusammenstoß mit dem Reichsminister Stresemann sich vertagt hatte, hat die nächste Beratung über die Weiterbezahlung der Besetzungskosten auf 7. Februar anberaumt und Stresemann aufgefordert, in der Sitzung zu erscheinen. Die Mehrheit für die Weiterzahlung der Besetzungskosten soll nicht mehr sicher sein.

Neuer Lohnabbau in Berlin

Berlin, 31. Jan. Die Berliner Industrie hat für den 2. Februar neue Lohnherabsetzungen angekündigt. An den Betriebsabstimmungen gegen die Arbeitszeitverlängerung hat sich durchschnittlich nur ein Fünftel der Arbeiter beteiligt. Der Aufforderung der Betriebsräte, nach acht Stunden die Betriebe zu verlassen, wurde nirgends Folge geleistet.

Der Neunstundentag bei der Eisenbahn

Berlin, 31. Jan. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern erklärte sich das Reichsverkehrsministerium bereit, für die neunstündige Tagesarbeit 8½ Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaftler verlangten volle Lohnbezahlung und für die neunte Stunde den Ueberstundenzuschlag. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wird die Lohnfrage wahrscheinlich durch Verordnung geregelt werden.

Moskauer Wühlereien

Berlin, 31. Jan. In verschiedenen kommunistischen Geschäftsstellen in Berlin und im Reich, besonders in Mitteldeutschland, sind neue Pläne, Geldsummen und bedeutende Waffenlager entdeckt worden. Zahlreiche Schriftstücke aus Moskau wurden beschlagnahmt.

Der Fall Thormann—Grandel

Berlin, 30. Jan. Der wegen Beteiligung an dem beabsichtigten Anschlag gegen General v. Seeckt verhaftete Augsburger Fabrikant Dr. Grandel hat bei der Gegenüberstellung mit dem Justizrat Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, erklärt, daß an seinen Bezichtigungen gegen Claß kein wahres Wort sei. Bei Grandel wurde ein schweres Herzleiden festgestellt, das er sich in seinem Beruf als Chemiker durch Gasvergiftungen zugezogen hat. In der Untersuchungshaft aß und trank und schlief er fünf Tage nicht. Zeugen bekundeten, daß Grandel nach aufregenden Vorkommnissen das Gedächtnis völlig verliert und im Zustand der Besinnungslosigkeit handelt.

*

Deutschenverfolgung in der Tschechoslowakei

Prag, 31. Jan. Laut Prager Tagblatt beabsichtigt das Bodenamt im nächsten Jahre 15 bis 20 000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens in Deutschböhmen zu parzellieren, um dort tschechische Arbeiter anzusiedeln. Die Deutsche nationale Partei hat in dieser Angelegenheit eine Anfrage an den Innenminister gerichtet.

Die Schiebungen im Wiederaufbau

Paris, 31. Jan. In der Kammer wurde bei der Beratung des Spar- und Steuerentwurfs von der Finanzkommission beantragt, 100 bis 120 000 Aktenstücke über ausbezahlte Wiederaufbaubeiträge neu zu untersuchen, da sich bedeutende Schiebungen und Unredlichkeiten bei der Prüfung ergeben haben. Dieser Antrag wurde angenommen, jedoch die in Frage kommende Summe stark herabgesetzt. — Die Untersuchung wird daher für die Schuldigen nicht sehr gefährlich werden.

Verminderung der englischen Marineausgaben

London, 31. Jan. „Daily Expreß" meldet, der neue Schatzkanzler Snowden habe die Herabsetzung der Marineausgaben um 50 Millionen Pfund Sterling verlangt. Die Forderung habe in der Admiralität große Beunruhigung hervorgerufen.

Eigene Vertretung Kanadas in Washington

Ottawa, 31. Jan. Die kanadische Regierung hat den General Curis zum Botschafter in Washington ernannt. Kanada wird demgemäß nicht mehr, wie bisher, amtlich durch den englischen Botschafter vertreten sein.

Kämpfe in Manila

Newyork, 31. Jan. Aus Manila wird gemeldet, daß bei einem Gefecht zwischen Aufständischen und amerikanischen Polizisten 54 amerikanische Polizisten getötet und 2 verwundet wurden.

Ernste Lage in Mexiko

Washington, 31. Jan. Die Regierung hat die Zurückziehung der Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten aus den mexikanischen Gewässern widerrufen, da ein Kampf bei Veracruz wahrscheinlich ist, wobei die Vereinigten Staaten wichtige Interessen zu schützen hätten.

Die mexikanischen Regierungstruppen sollen Orizaba, die bedeutendste Industriestadt im Staat Veracruz, eingenommen haben und auf Cordoba marschieren. Bei der Einnahme von Esperanza sollen 1500 Aufständische gefangen genommen worden sein.

Evangelische Geistliche gegen Terror und Herrenstandpunkt

Wie die Berliner Zeitung „Der Deutsche" mitteilt, richten die evangelischen Pfarrer des Synodalkreises Elberfeld aus Anlaß der mit besonderer Schärfe im bergischen Lande ausgetragenen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe ein offenes Wort in ernster Stunde an die Bevölkerung. In dem in den Tageszeitungen des Wuppertals veröffentlichten Aufruf heißt es u. a.: Mit ernster Sorge sehen wir auf den Gang der gegenwärtigen sozialen Kämpfe in unserem bergischen Industriebezirk. Wohin führen sie? Gibt es keinen Weg, die steigende Schärfe dieser Auseinandersetzungen zu mildern? Wird nicht unsere so nötige Volksgemeinschaft aufs schwerste bedroht? Wir bitten deshalb herzlich im Namen Jesu Christi, doch eine Höherführung des allgemeinen Handels anzustreben und auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen die Maßstäbe des Evangeliums Jesu Christi nicht vergessen zu wollen. Wir bitten die Arbeitnehmer dringend und herzlich um Jesu willen: Entsagt jedem Terror und vergeßt das Wohl des Ganzen nicht, gebt eure Zeit und Kraft her, wo sie nur immer nötig ist, zum Aufbau unseres Volkslebens! Nicht weniger dringend und herzlich bitten wir in desselben Herrn Namen die Arbeitgeberverbände: Gebt dem Arbeiter, der euch seine Zeit und Kraft gibt, was er bedarf, um sich und seine Kinder in dieser ungeheuren Notzeit zu erhalten, zu ernähren und zu kleiden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 31. Jan. Der Landtag stimmte heute zunächst einem Antrag Pflüger (Soz.) und Gen. zu, der vom Staatsministerium verlangt, daß es im Hinblick auf die am 1. Februar 1924 in Kraft tretende Erhöhung der Tarife für Zeitkarten (Arbeiterfahr- und Schülerkarten) um das Eineinhalbfache bei der Reichsregierung alsbald für eine Herabsetzung dieser Tarife auf ein mit den gegenwärtigen Lohnsätzen zu vereinbarendes Maß mit Nachdruck eintrete. Staatsrat Rau sicherte die nachdrückliche Vertretung der Forderung zu. Sodann wurde die zweite Lesung des Kirchengesetzes bei den Bestimmungen über das Besteuerungsrecht der kirchlichen Körperschaften fortgesetzt. Mehrere Abänderungsanträge der Rechten, gegen die geltend gemacht wurde, daß sie die Interessen des Staats vernachlässigen würden, wurden abgelehnt. Im Lauf der Aussprache bestritt der Kultminister Dr. Hieber, daß der Kirche in irgend einer Bestimmung des Gesetzes eine unwürdige Stellung zugemutet werde. Solange der Staat der Kirche so namhafte Mittel gebe, sei es unmöglich, der Kirche uneingeschränkte Freiheit bezüglich ihres Besteuerungsrechts einzuräumen. In die inneren Verwaltungsangelegenheiten der Kirche werde das Kultministerium nicht eingreifen. Man müsse danach streben, Reibungsflächen in diesem Gesetz möglichst zu vermeiden. — Morgen wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung noch einige Anträge.

Württemberg

Stuttgart, 31. Jan. Beamtenabbau. Auf 31. Jan. treten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Wirkl. Staatsrat von Kern und Archivdirektor Dr. v. Schneider in den Ruhestand.

Vom Landtag. Abg. Ströbel und Gen. (B.B.) haben den Antrag eingebracht, die Beschränkungen im Viehverkehr und die Zwangsmaßnahmen im Milchverkehr aufzuheben.

Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds hat eine Entschließung gegen die Verringerung der Zahl der Oberämter gefaßt, die auf der einen Seite keine wesentliche Ersparnis, auf der andern Seite aber starke Mehrkosten und Erschwerungen und Umständlichkeiten mit sich bringen würde.

Die Neueinteilung der Oberamtsbezirke. In Württemberg sollen bekanntlich 26 Oberämter „abgebaut" werden. Halbamtlich wird Gemeinden, die von der Veränderung betroffen werden und eine Aenderung in bestimmter Richtung wünschen, der Rat erteilt, jetzt schon ihre Wünsche bei den zuständigen Regierungsstellen vorzubringen, denn eine zweite Gelegenheit werde sich voraussichtlich so bald nicht wieder bieten. — Es kann nicht verhehlt werden, daß der Verwaltungsabbau im Land nichts weniger als populär ist und auf starken Widerstand stoßen wird.

Zuffenhausen, 31. Jan. Das Erscheinen eingestellt. Das neue Anzeigenblatt hat sein Erscheinen eingestellt, da es in der Bevölkerung keine Unterstützung gefunden hat.

Rottweil, 31. Jan. Jäher Tod. Der in den 60er Jahren stehende Fuhrmann Klaiber bei der Firma Gebr. Schlenker, Ziegelwerke Schwenningen, mußte Ziegel nach einer badischen Ortschaft befördern. Auf der offenen Landstraße wurde er von einem Schlaganfall betroffen und war sofort tot. Die Pferde waren bei ihrem toten Lenker stehen geblieben.

Illerrieden OA. Laupheim, 31. Jan. Neue Brücke. Der Unfall auf der Illerfähre, der noch gnädig abgelaufen ist, hat den Wunsch nach einer Brücke über die Iller rege gemacht. Für den Brückenverkehr kommen sechs württembergische und einige bayerische Ortschaften, sowie die Fuggersche Standesherrschaft besonders in Frage. Eine Versammlung wird demnächst zu der Brückenfrage Stellung nehmen.

*

Zollenreute, OA. Waldsee, 31. Jan. In schwieriger Lage. Als das mit zwei Pferden bespannte Fuhrwerk des Gutsbesitzers Allgaier in Fasnachtshof auf dem Weg nach der Steinenbacher Mühle einen steilen Waldweg durchfuhr, kam der Wagen infolge Eises zum Rutschen und riß die Pferde mit über die Straße in den steilen Waldabhang. Glücklicherweise wurde der Wagen mit den Pferden von den Bäumen aufgehalten. Nachdem der Knecht durch Abschneiden der Stränge die Pferde aus der gefährlichen Lage befreit hatte, holte er Hilfe. Ein Pferd konnte am steilen eisigen Hang zum Stehen gebracht werden, das andere wurde auf Tücher gelegt und den Waldhang hinuntergezogen. Die Pferde haben nur leichte Verletzungen davongetragen.

Sigmaringen, 31. Jan. Ein seltenes Fest. Ein seltenes Fest hat in diesem Monat ein geborener Sigmaringer gefeiert: Pfarrer Reinhold Sauter den 80. Geburtstag als aktiver Pfarrer von Obereggingen. Er ist hier am 8. Januar 1844 geboren. Die Gemeinden Ober- und Untereggingen ernannten ihren Pfarrer bei diesem Anlaß zum Ehrenbürger.

Begnadigung

Karlsruhe, 31. Jan. Auf Anregung der Reichsregierung hat die badische Regierung die drei Menschen, die seinerzeit den nichtswürdigen Ueberfall auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll gemacht hatten, freigelassen. Von amerikanischer Seite war wiederholt an die Reichsregierung das Ansinnen gestellt worden und der Vorsitzende des deutsch-amerikanischen Hilfsausschusses, Karl Nagel, soll sich in letzter Zeit ebenfalls für die Uebeltäter verwendet haben.

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 1. Februar 1924.

Vom Rathaus.

Gemeinderatssitzung vom 30. Januar 1924.

Die Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerk C. Klingers Erben bezügl. des Strompreises für Januar sind zu einem Abschluß noch nicht gediehen. Das Heimbachkraftwerk Glatten-Freudenstadt hat für Januar einen Lichtpreis von 40 und einen Kraftpreis von 20 ₰ für die Kilowattstunde. Diese Preispolitik beruhe aber nach der Zuschrift des Elektrizitätswerks auf politischen Erwägungen. Glatten wolle auch seine Preise für die Zukunft nur auf kurze Zeit festlegen und dieselben immer mit dem jeweiligen Betriebsaufwand, also in wasserarmen Zeiten mit dem Kohlenverbrauch in Einklang bringen. Diese Preispolitik erscheine dem hiesigen Werk nicht einwandfrei, jedenfalls könne der Gewerbetreibende und Geschäftsmann niemals sicher kalkulieren. Für das Werk komme eine solche Festsetzung nicht in Frage, da es laut Vertrag zu ununterbrochen gleichen Preisen zu liefern habe, ohne Rücksicht auf den jeweiligen Betriebsaufwand. Die Kohlenpreise betragen heute pro Tonne einschl. Fracht rund 42 G.Mark. Nach dem Vertrag mit der Stadt, vergl. § 7, würde heute die Licht-K.W.St. auf 48, ab 1. April auf 43 ₰, die Kraft-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

rung zu. Sodann wurde
setzes bei den Bestim
der kirchlichen Körper
rungsanträge der Rech
e, daß sie die Interessen
wurden abgelehnt. Im
lminister Dr. Hieber,
mmung des Gesetzes eine
de. Solange der Staat
e, sei es unmöglich, der
lich ihres Besteuerungs
Verwaltungsangelegen
isterium nicht eingreifen.
sflüchen in diesem Gesetz
wird die Beratung fort
ngesordnung noch einige

...berg

abbau. Auf 31. Jan.
sministeriums der Präsi
irkl. Staatsrat von Kern
in den Ruhestand.
und Gen. (B.B.) haben
nkungen im Viehverkehr
ichverkehr aufzuheben.
und des Bauernbunds
Verringerung der
die auf der einen Seite
andern Seite aber starke
d Umständlichkeiten mit

bezirke. In Württemberg
gebaut" werden. Halb
e Veränderung betroffen
stimmter Richtung wün
re Wünsche bei den zu
ingen, denn eine zweite
ch so bald nicht wieder
erden, daß der Verwal
als populär ist und auf

Erscheinen einge
hat sein Erscheinen ein
keine Unterstützung ge

od. Der in den 60er
er bei der Firma Gebr.
gen, mußte Ziegel nach
Auf der offenen Land
nfall betroffen und war
rem toten Lenker stehen

Jan. Neue Brücke.
ch gnädig abgelaufen ist,
über die Iller rege ge
men sechs württembergi
en, sowie die Fuggersche
ge. Eine Versammlung
e Stellung nehmen.

n. Inschwieriger
bespannte Fuhrwerk des
rhof auf dem Weg nach
en Waldweg durchfuhr,
Kutschen und riß die
en steilen Waldabhang.
it den Pferden von dem
Knecht durch Abschnei
r gefährlichen Lage be
rd konnte am steilen ei
rden, das andere wurde
g hinuntergezogen. Die
n davongetragen.
ltenes Fest. Ein sel
geborener Sigmaringer
den 90. Geburtstag als
Er ist der am 8. Januar
und Unteressingen er
nlaß zum Ehrenbürger.

s
ung der Reichsregierung
Menschen, die seinerzeit
den Deutsch-Amerikanern
elassen. Vom ameri
die Reichsregierung den
Vorsitzende des deutsch
el Nagel, soll sich in
ller verwendet haben.

...nd Land.

den 1. Februar 1924.

...aus.

0. Januar 1924.
lektrizitätswerk C. Kling
es für Januar sind zu
Das Heimbachkraftwerk
r einen Lichtpreis von 40
die Kilowattstunde. Diese
uschrift des Elektrizitäts
Blatten wolle auch seine
ge Zeit festlegen und die
Betriebsaufwand, also in
nverbrauch in Einklang
e beim hiesigen Werk nicht
ewerbetreibende und Ge
n. Für das Werk komme
e, da es laut Vertrag zu
liefern habe, ohne Rück
wand. Die Kohlenpreise
Fracht rund 42 G.Mark.
vergl. § 7, würde heute
eil auf 43 ₰, die Kraft

K.W.St. heute und ab 1. April auf 23 ₰ zu stehen kommen. In Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Kleinabnehmer und des Mittelstands hat das Werk für Licht nur 40 ₰ gerechnet, dagegen soll der Kraftpreis 25 ₰ betragen. Unter Berücksichtigung der Gesamtlage hat der Gemeinderat den Lichtpreis mit 40 ₰ für angemessen erachtet, glaubt aber, beim Kraftpreis nicht mehr als 22 ₰ für die K.W.St. zugestehen zu können. Dabei wurden berücksichtigt die Preise anderer Werke, der gegenwärtig günstige Wasserstand und die allgemeine Depression im Wirtschaftsleben.

Die Geschäfte für die Milchversorgung sollten im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer Gotthold Schmid auf 1. Februar auf die Stadt übergehen. Herr Schmid bittet in einem Gesuche um Belassung der Geschäfte bis 1. April, da eine Kündigung nur auf diesen Termin zulässig sei. Aus Billigkeitsgründen wird die von ihm bereits zugestandene Geschäftsübergabe bis 1. März hinausgeschoben.

Nach dem **Geschäftsbericht des Fleischbeschauers**, Oberamtstierarzt Dr. Metzger, wurden im Jahre 1923 im hiesigen Schlachthaus geschlachtet und untersucht: 17 Ochsen (1922: 15), 9 Farren (13), 82 Kühe (123) 149 Rinder (180), 118 Kälber (651), 632 Schweine (786), 60 Schafe (64), Ziegen 3 (0). Es sind somit im Berichtsjahr gegen 1922 weniger geschlachtet worden 74 Stück Großvieh, 133 Kälber, 154 Schweine und 4 Schafe. Diese Zahlen bedeuten eine nicht unerhebliche Verschlechterung der Ernährung der Bevölkerung. Bei der rapiden Geldentwertung namentlich im letzten Vierteljahr kamen die Gehälter und Löhne den Fleischpreisen weit hinten drein, so daß wochenlang wohl in vielen Familien der Fleischgenuß etwas seltenes war. Der jetzige Fleischüberschuß bildet das Gegenstück dazu. Es ist lebhaft zu wünschen, daß die neue Gepflogenheit einiger Metzgermeister in den Preisen für Rind- und Kuhfleisch einen wesentlichen Unterschied zu machen, eine bleibende Einrichtung sein möge. Bekanntlich ist ja in den großen Städten namentlich Norddeutschlands der Verkauf des Fleisches nach Qualitäten ziemlich allgemein üblich. Als minderwertig wurden der Freibank überwiesen 4 Stück Großvieh wegen Tuberkulose, 1 Stück wegen Fäulnis und 3 Stück wegen Fremdkörper. Der Gemeinderat nimmt von diesem Bericht mit Interesse Kenntnis.

Frau Rosa Tafel geb. Freithaler in Brooklyn hat den 47 Dollars nunmehr ihren Brief vom 7. Januar d. J. folgen lassen. Sie schreibt: „Wie gerne sähte ich mal eine 3stellige Zahl, aber das gelingt den Nagold Amerikanern nimmer, meistens bleiben meine Bittbriefe unbeantwortet. Jeder klagt, er habe schon zu viel mit den Seinen zu tun und ich denke gerade deshalb sollte man derer gedenken, die niemand hier haben. Vielmals danke ich Ihnen noch, w. Herr Stadtschultheiß für Ihre Zeilen vom 8. Mai, es ist ja nur wenig, das ich immer tun kann, aber ich sehe und fühle, auch das wenige macht Freude, kommt es doch ausschließlich von mitfühlenden Herzen. Tief, tief ist unser Vaterland gedemütigt durch innern und äußern Feind, fast an den Abgrund gebracht, aber wie Sie, werter Herr Stadtschultheiß sagen, so sollte jeder Deutsche fühlen „wir glauben feste, es lebt ein Gott zu strafen und zu richten" und der Aufstieg zur Freiheit darf und wird nicht ausbleiben. Festes Vertrauen und Mut, denn allem Anschein nach muß sich Deutschland selber helfen. Die Zivilisationspharisäer sind am Ende ihrer Mission angelangt. Die Verteilung überlasse ich ganz Ihrem Gutdünken und hoffe, daß manch armes Herz erfreut und erquickt wird dadurch." Die freundlichen Geber sind:

Herr G. F. Müller	20	Dollars
Herr J. F. Schweizer	10	„
Herr und Frau Karl Sträßle		
Fräulein Frida Klaiß		
Fräulein Berta Klaiß		
Frau Flechtner geb. Möckel		
zusammen	10	„
Herr und Frau G. Tafel	5	„
Ungenannt	2	„
zusammen	47	Dollars.

Vorher am 28. März 1923 gingen uns weitere 27 Dollars zu, von welchen der Herr Dekan 10 Dollars für die Konfirmanden im Vorjahr erhielt, der Rest mit 17 Dollars ist noch vorhanden und steht noch zur Verfügung. Die Geber zu dieser Sammlung sind

Frau Mina Koch	1	Dollars
Frau Schmid geb Schühle	2	„
Herr und Frau Deuble	2	„
Herr F. Schweizer	10	„
Frau Kappy geb. Gänßle	1	„
Herr J. Bauer	1	„
Herr u. Frau Sträßle geb. Schon	5	„
Herr u. Frau Tafel geb. Freithaler	5	„

Die Ausdauer und die Entschlossenheit unserer Freunde in Amerika ist bewundernswert. Sie lassen sich weder durch Mißerfolge, noch durch sonstige Unannehmlichkeiten von ihrem Ziele abbringen, ihrer alten Heimat in schwerster Zeit zu helfen und die Treue zu halten. Ihre Taten sind doppelt anerkennenswert, als sie daneben gewiß für ihre Angehörigen noch besonders in Anspruch genommen sind. Das soll nie vergessen werden. Herzlichen Dank allen Gebern, besonders Herrn und Frau Tafel. — Die Gaben kommen demnächst an die Bedürftigsten durch den Fürsorgeausschuß zur Verteilung.

Die Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft steht in ihrem Anfangsstadium. Während die Vorbereitungen zu dieser getroffen werden, ist auch die Landwirtsch. Kaufstelle auf den Plan getreten; die für sich ebenfalls ein Lagerhaus zu schaffen beabsichtigte und nun Stimmung gegen die Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nagold und Umgebung und ihr Lagerhaus macht. Diese Vorgänge veranlassen die Bezugs- und Absatzgenossenschaft zur Einberufung einer Generalversammlung und zu erneuter Stellungnahme. Da die Schaffung der Genossenschaft für die Landwirte des Bezirks und die Orte der Nachbarbezirke von größter Wichtigkeit ist, so ist eine große Beteiligung an der Versammlung, zu welcher im Inseratenteil dieses Blattes eingeladen wird, erwünscht. Scheitert die Genossenschaft, so scheitert damit wohl für alle Zeiten das Unternehmen, das dann von anderer Seite gemacht wird, aber ohne den Landwirten Einfluß auf die Wirtschaftsführung und Preisbildung zu gestatten.

Bezugspreis-Abbau.

Der „Gesellschafter" kostet durch Austräger zugestellt und bei unseren Agenturen

ab 1. Februar monatlich Mk. 1.60

Bestellungen

nimmt die Geschäftsstelle jederzeit entgegen.

Verlag „Der Gesellschafter".

...kehr mit dem Saargebiet sowie der freien Stadt Danzig wird am 1. Februar von 20 auf 10 Pfennig herabgesetzt.

Erhöhung der Stasttaxe für Postpakete aus dem unbesetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission hat mit Wirkung vom 20. 1. 1924 die Straftaxe für Postpakete, die aus dem unbesetzten Gebiet eingeführt werden, im Gewicht bis einschließlich 10 Kilogr. verdreifacht, für schwere Sendungen verviersacht.

Frachtbriefmuster der Eisenbahnverkehrsordnung. Es werden jetzt bei der Auslieferung von Gütern vielfach noch die doppelseitigen bedruckten (verkleinerten) Frachtbriefe als Originalfrachtbriefe abgegeben. Dies ist nicht mehr zulässig. Die verkleinerten Frachtbriefe sind vielmehr bereits durch Anordnung des Reichsverkehrsministers vom 31. März 1921 aufgehoben und ihre Verwendung zunächst bis Ende 1921 weiter bewilligt worden. Diese Frist ist nicht verlängert worden. Um den Verfrachtern den Aufbrauch etwa noch vorhandener Bestände zu ermöglichen, hat der Reichsverkehrsminister jedoch zugelassen, solche Frachtbriefe nach handschriftlicher Ergänzung — Anfügung des Wortes „Duplikat" hinter dem Worte „Frachtbrief" — noch als Frachtbriefduplikate zu benutzen.

Reichsanleihen sind keine Steuerzahlungsmittel. Vom Reichsfinanzministerium wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anleihestücke usw. des Reichs zur Begleichung von Steuern nicht in Zahlung genommen werden, da sonst der Zweck der Anleihen, dem Reich flüssige Geldmittel für längere Zeit zur Verfügung zu stellen, nicht erreicht würde. Insbesondere werden nicht in Zahlung genommen die mit Zinsscheinen ausgestatteten Stücke der Goldanleihe, — d. h. solche im Einzelwert von 42 Goldmark = 10 Dollar und mehr — die Dollarschatzanweisungen, die auslosbaren Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (K.-Schätze) sowie die 6prozentigen auf Gold lautenden Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. Dezember 1932. Eine Ausnahme ist nur für die nicht mit Zinsscheinen versehenen Stücke der am 2. Sept. 1932 fälligen Goldanleihe, — d. h. solche bis zu 5 Dollar — zugelassen worden.

Einkommensteuervorauszahlung und Einzelhandel. Die Verhandlungen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit dem Reichsfinanzministerium; um die im Gesetz festgelegte Höhe der Vorauszahlung für die Einkommensteuer auf ein für den Einzelhandel erträgliches Maß herabzusetzen sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Sätze sind in folgender Weise festgelegt worden: Für den gesamten Einzelhandel 1,2 v. H. für reine Lebensmittelgeschäfte, 0,7 v. H. für gemischte Warenhandlungen, im ländlichen Bezirk 0,5 v. H. Die Vorauszahlung für die Einkommensteuer hat an den gleichen Terminen wie für die Umsatzsteuer zu erfolgen also erstmals am 10. Februar 1924.

Was der Februar bringt. Der Februar ist in diesem Jahr ein Schaltmonat mit 29 Tagen. — Das Ermächtigungsgesetz läuft am 15. Februar ab. — Auf finanztechnischem Gebiete sind verschiedene Verordnungen von Wichtigkeit: Am 10. Februar ist erstmalig die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1924 zu entrichten und die Umsatzsteuer für 1924 fällig; für Einkommen aus den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ist die erste Vorauszahlung bis zum 29. Februar zu leisten, bis zu welchem Tag auch die Vermögenssteuer für 1924 in Höhe des halben, der Vermögenssteuererklärung entsprechenden Betrag an die Steuerkassen abzuführen ist.

Zum Personalabbau. Nach einer Anordnung des Reichspostministeriums sollen grundsätzlich die über 60 Jahre alten Postbeamten aller Besoldungsgruppen pensioniert werden, wenn nicht zwingende dienstliche Gründe dagegen sprechen. Bis zum 1. April müssen in allen Oberpostdirektionsbezirken mindestens 15 Prozent des Personals abgebaut sein.

Postnachnahmeverkehr. Die Vorzeigegebühr für Postnachnahmesendungen im inneren deutschen Verkehr und im Ver...

Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin am 31. Jan. 4,2105 Bill. Mk. (unv.). Neuyork 1 Dollar 4,16 (4,16). London 1 Pfd. Sterl. 18 (18,5). Amsterdam 1 Gulden 1,58 Billionen Mark.

Das engl. Pfd. Sterl. festigte sich in Neuyork auf 4,27 Dollar. Der franz. Franken wurde in London mit 93,50 gemeldet. Franz. Franken in Berlin 194,75 Milliarden Mark.

Aufruf preußischen Notgelds. Von den preußischen Notgeldscheinen über 2,10 Goldmark sind Fälschungen aufgetaucht, die den echten Stücken täuschend ähnlich sind. Diese Scheine sind daher vom 26. Januar ab zur Einlösung binnen Monatsfrist aufgerufen worden. Die anderen preußischen Notgeldscheine werden davon nicht berührt.

Der preußische **Staatsvoranschlag** für 1924 enthält 2128 Millionen Goldmark Ausgaben, während das Land 1913, als es noch um einige Provinzen größer war, 850 Millionen Goldmark Ausgaben hatte.

Stuttgarter Börse, 31. Jan. Am heutigen Aktienmarkt war der Grundton gut, das Geschäft aber sehr gering und auch die Kurse haben kaum nennenswerte Veränderungen aufzuweisen. Auf dem Markt der Festverzinslichen machte sich die Entscheidung des Reichskabinetts bezüglich der Aufwertung bemerkbar. Während Staatsrenten im Angebot lagen und deren Kurse gewichen sind, zeigte sich für Industrie-Obligationen bei erhöhten Kursen Nachfrage. 4,5proz. Bad. Anilin Obl. zogen von 3 auf 3,5, 4,5proz. Maschinenfabrik Eßlingen Obl. von 5 auf 7 an. Schwerkanleihen vernachlässigt und wenig verändert. — **Bankaktien**: Hypothekenbank 3,4 (3,1), Vereinsbank 5 (4,9), Notenbank 78 G. (75). **Brauereiwerte**: Rettenmeyer 35 (40), Wulle 9 (9,25), junge 9, Eßlinger 18 (15), Pfauen 18, Hohenzollern 15 G. **Metallaktien**: Feinmechanik 37,5 (37), Hohner 45 (44), Württ. Metallwaren 55 (50), Metall- und Lackierwaren 14 (12,5), junge 12,5 (11,5), Hansa Metall 4,5 (4), Junghans 11,1 (11,5), Vorzüge 4,75, Andreas Koch 20 (22,5). **Maschinenaktien**: Daimler 4,95 (4), Magirus 3,4 (3,25), Vorzüge 2,8 (2,6), Heßer 5 (4,95), Neckarsulmer 6,25, Eßlingen 13 (14,6), Weingarten 25 (24), Laupheimer Werkzeug 32 (34,5). **Textilaktien**: Erlangen 13, Bietigheim 35, Kolb-Schüle 19,5, Uhlmann 3,5, Pfersee 30, Kottern 45, Südd. Kuchen 25, Wolldecken Weilderstadt 33,5, Eßlingen 50, Kattun 100, Leinenindustrie 57, Filz 40, Gemüse 35, Unterhausen 77 G. (72). **Verlagsaktien**: Deutsche Verlag 36 G., Union 9,5 (9,25), Chr. Belser 4 (3,75), Vereinsbuch 1,5 (1,4). **Nahrungsmittelwerte**: Kaiser Otto 3 (3,2), Knorr 8,6 (8,5), Krumm 3,25, Konserven Lelbbrand 2,4, Stuttg. Bäckermühle 8,25 (8,4), Stuttgarter Zucker 6,3 (6,2), Salzwerk Heilbronn 85 (82), Sekt Wachenheim 26 (23). **Uebrige Werte**: Bamberger Mälzerei 9,75 (9,50), Kombag 2,1 (2), Knopffabrik 11 (10), Kraftwerk Altwürttemberg 10,5 (10), Neckarwerke 5,6 (5,5), Schleppschiffahrt 12 (10), Stuttg. Straßenbahnen 9,25 (8,50), Weag 10,5 (9,9), Ziegelwerke Ludwigsburg 11,5 (11,2), Stuttg. Gips 130 G. (125), Württ. Transport 40 Billionen (38), Bad. Anilin 27,5 (27,7), Zementwerk Heidelberg 16,75 (17), Germania 16,5 (16,75), Köln-Rottweil 12,7 (13,5), Wachswaren 2 (2,2), Mannheimer Oel 45 G., Bremen-Besigheimer Oel 36 G., Südd. Holz 15 G. Württ. Vereinsbank.

Mannheimer Produktenbörse, 31. Jan. Die Haltung war lustlos bei abgeschwächten Preisen. Man verlangte für die 100 Kilo bahnfrei Mannheim: Weizen 17,5 bis 18,25, Roggen 15,75 bis 16,5, Gerste 18,5 bis 19,25, Hafer 14, Mais 17,25 bis 18,5. Für Weizenmehl, Spezial 0, haben die Mühlen ihre Forderungen weiter herabgesetzt auf 28 ℳ, Roggenmehl 24 ℳ. Weizenkleie blieb mit 8.50 ℳ gesucht.

Stuttgart, 31. Jan. Landesproduktenbörse. Weizen 18—18,30 Sommergerste 16,50—17,50 Roggen 16—16,50, Hafer 11,50—12, Weizenmehl Nr. 0 29—30, Brotmehl 20,30—27, Kleie 7,75—8, Wiesenheu 7,75—8,25, Kleeheu 8,75—9,75, Stroh (drahtgepreßt) 5,50—6.

Berliner Getreidepreise, 31. Jan. Weizen 13,50—13,80, Roggen 11,70—12, Braugerste 19,20—19,50, Hafer 9,60—10, Weizenmehl 21,50—24, Roggenmehl 18,75—21,25, Raps 280.

Märkte

Mannheimer Viehmarkt, 31. Jan. Zum Viehmarkt waren zugeführt: 116 Kälber, 125 Schweine, 525 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für die 50 Kilo Lebendgewicht: Kälber 30—44, Schweine 50—64, Ferkel und Läufer je Stück 7—24 Mk. Haltung: Kälberhandel ruhig, langsam geräumt, Schweinehandel ruhig, ausverkauft, Ferkel- und Läuferhandel mittelmäßig.

Stuttgart, 31. Jan. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 180 Ochsen, 24 Bullen, 250 Jungbullen, 265 Jungrinder, 160 Kühe, 480 Kälber, 525 Schweine, 19 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen 1. Sorte 28—32 (letzter Markt: 30—33), 2. Sorte 18—24 (19—27), Bullen 1. Sorte 22,5—25 (23—26), 2. Sorte 16—21 (17—22), Jungrinder 1. Sorte 29—32 (31—34), 2. Sorte 24—28 (26—30), 3. Sorte 17—22 (18 bis 24), Kühe 1. Sorte 21—23 (22—25), 2. Sorte 13—17 (15—19), 3. Sorte 8—11 (8,5—12,5), Kälber 1. Sorte 40—43 (41—43), 2. Sorte 35—39 (unv.), 3. Sorte 30—34 (unv.), Schweine 1. Sorte 56—60 (60—65), 2. Sorte 53—56 (56—58), 3. Sorte 46—51 (48—54). Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgart, 31. Jan. Obst- und Gemüsegroßmarkt. Die Preise blieben heute wieder unverändert. Ausländische Ware ist etwas billiger geworden. So wurde Schweineschmalz schon zu 25 Pfg. verkauft.

Fruchtmärkte. In Biberach kostete je der Doppelztr.: Weizen 19 Mk., Kernen 19,60, Gerste 16—16,40, Haber 11,40—12 Mk., in Leutkirch: Weizen 22,50 Gerste 18, Haber 15,5 Mk., in Wangen i. A. wurden 30 Ztr. Haber verkauft um zusammen 261,35 Mk. und 47 Ztr. Gerste mit einem Erlös von zusammen 824,10 Mark.

Nürnberger Hopfenmarkt. Nachfrage größer als Vorrat. Für beste Hallertauer und Spalter wurden bis 800 Gulden, für den Zentner, für fränk. Hopfen 600 bis 700 Goldmark bezahlt. Die Preise stiegen weiter.

Devisenkurse
(In Millionen)

Berlin	30. Januar Geld	30. Januar Brief	31. Januar Geld	31. Januar Brief
Holland	1561088	1568912	1568075	1573225
Belgien	172568	173462	172568	173462
Norwegen	570570	573430	568575	571425
Dänemark	678300	681700	673300	681700
Schweden	1100243	1105757	1100243	1105757
Italien	183041	183959	183041	183959
London	17855250	17944750	17955000	18045000
Neuyork	4189500	4210507	4189500	4210507
Paris	192767	193733	194263	195257
Schweiz	725183	728817	726180	729820
Spanien	530670	533330	530670	533330
D.-Oesterr.	59,101	59,399	59,351	59,649
Prag	121196	121804	120697	121303
Ungarn	144,139	144,860	144,138	144,860
Argentin.	1356600	1363400	1366575	1373425
Tokio	1866325	1874675	1865325	1874675

Das Wetter

Der Hochdruck über Süddeutschland behauptet sich vorerst noch. Für Samstag und Sonntag ist Fortsetzung des trockenen und kalten Wetters zu erwarten.

Eingesandt.

(Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Aufwertung.

Herr Prof. Bauser hat in seinem Vortrag einige wichtige Punkte vergessen, die ebenfalls der Erörterung bedürfen, zum Beispiel: Weshalb sollen nicht auch die Hausmieten der Vorkriegszeit entsprechend normiert werden? Das Unrecht hierin ist genau so groß wie mit der Papiermark, zumal viele alte Leute diese Einnahme bitter nötig brauchen und von uns kleinen Geschäftsleuten wird der letzte Pfennig an Steuern ausgepreßt, weshalb sollen wir für unsere vermieteten Wohnungen nicht auch eine den Kosten entsprechende Miete erheben dürfen?

Wer trägt die Schuld an den verlotterten Zuständen? nicht der verlorene Krieg, sondern die demokratisch sozialistische Mißwirtschaft, welche seit 5 Jahren bei uns besteht, weshalb wurde die Renten- oder Goldmark — übrigens ein Vorschlag des deutschnationalen Abgeordneten Helfferich — nicht schon früher eingeführt, ehe solche katastrophale Zustände sich einstellten?

Ein Gewerbetreibender.

Inserate haben besten Erfolg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Magnus Wörland und seine Erben

30 Roman von Günther von Hohenfels

Dann fällt auch die belastende Aussage ten Winkels in Amsterdam in sich zusammen und es spricht eigentlich gegen ihn, daß er sogleich darauf zu längerem Aufenthalt nach London ging.

Vielleicht, um sich dort mit Allister zu treffen, der über Frankfurt auch dorthin wollte."

Wörland sah ihr an.

„Was wollen Sie eigentlich?"

„Ihnen beweisen, daß wir eben nicht klar sehen können und daß es uns vollkommen überlassen bleibt, an Magnus' Schuld zu glauben oder nicht."

„Nun?"

„Magnus ist Ihr Neffe, Ihr Schwiegersohn, er hat sein Ehrenwort gegeben, daß er unschuldig ist. Hat er uns einen zwingenden Grund gegeben, an seinem Ehrenwort zu zweifeln?"

„Ich verstehe Sie nicht."

„Ich war beim Untersuchungsrichter. Er hat mit dem Staatsanwalt gesprochen. Auch die Herren sind auf dem Standpunkt, daß die Sache sehr unklar ist. Wenn Sie als Hauptperson sich nicht geschädigt fühlen und keine Anzeige erstatten und wenn auch Herr Berghausen seine Anzeige zurückzieht, wird das Gericht eigenmächtige Schritte nicht unternehmen."

„Ich erstatte selbstverständlich keine Anzeige."

„Schön, mit Berghausen werde ich fertig, vorausgesetzt, daß es ihnen auf ein kleines Schmerzensgeld . . ."

„Meinetwegen, aber . . ."

„Nun also!"

„Ich verstehe nicht."

„Dann ist doch die ganze Sache aus der Welt."

„Erlauben Sie, das Gerichtsverfahren, aber — Sie denken doch nicht im Ernst daran, daß ich je wieder Magnus . ."

„Reden Sie nicht weiter."

„Ein Mann mit einem Makel auf seiner Ehre kann nie der Chef der Firma Wörland oder gar mein Schwiegersohn werden."

„Hat er denn diesen Makel?"

„Ich weiß nicht."

„Ich denke, wir wollten überzeugt sein, daß er ihn nicht hat, und seinem Wort glauben?"

„Aber nicht soweit."

„Gibt es beim Glauben etwas Halbes oder Ganzes? Und ich denke, es gebietet die Klugheit, daß wir glauben."

„Ich sagte Ihnen, es ist ein Unterschied. Ich kann etwas glauben wollen, zu manchem aber gehört nicht nur glauben, sondern überzeugt sein, und das ist mehr."

„Bin ich Ihr Freund?"

„Habe ich Sie daran zweifeln lassen?"

„Dann denken Sie daran, daß wir jetzt zueinander reden wie Bruder zum Bruder, und daß niemand je ein Wort von dieser Unterredung hören wird und soll."

„Warum so geheimnisvoll?"

„Wo ist Ihr Fräulein Tochter?"

„In Berlin. Die Mutter von Magnus hält mich natürlich für einen Barbaren, daß ich mir erlaubt habe, auf die sicheren Beweise, oder sagen wir einmal Anzeichen hin an ihrem Sohn zu zweifeln und wollte sofort mein Haus verlassen. Kindisch! Hätte ruhig bei mir wohnen können. Wovon will sie jetzt leben? Nun, des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Sie reiste sofort. Magna hat sie lieb, natürlich, sie bat mich, ihr zu gestatten, die alte Dame nach Berlin zu begleiten. Sie fürchtete offenbar irgend eine Torheit. Ich habe es ihr erlaubt. Ist für das Mädel ganz gut, wenn sie ein paar Tage, meinetwegen ein paar Wochen, hier herauskommt, und zudem, die Mutter tut mir aufrichtig leid. Magna ist praktisch, klug und energisch und hat einen merkwürdigen Blick für das Richtige. Sie wird dafür sorgen, daß die Alte ein Unterkommen findet, am besten, sie brächte sie wieder mit, wenn sie sich beruhigt hat."

„So ist Ihre Tochter jetzt also fort?"

„In Berlin. Geschrieben hat sie noch nicht."

„Sie irren. Die Damen sind nicht in Berlin."

„Nicht in Berlin — Justizrat?"

„Die beiden Damen befinden sich augenblicklich in Gesellschaft des Herrn Magnus an Bord des Dampfers „Königin Wilhelmine" und unterwegs nach Buenos Aires."

Wörland sprang auf.

„Sie sind . . ."

„Nein, lieber Freund, es ist die Wahrheit, und nun seien Sie ein Mann!" Wörland brach in dem Sessel zusammen und bedeckte das Gesicht mit der Hand. Er schwieg lange Zeit, und der Justizrat klopfte ihm bestätigend auf den Rücken.

Dann richtete er sich auf.

„Also doch. Ich wollte es Ihnen nicht sagen. Sie ist ohne mein Wissen nach Berlin, während ich nicht hier war. Aber das, das hätte ich nicht erwartet. Woher wissen Sie es?"

„Ich erhielt heut früh einen Brief aus Amsterdam. Sie bittet mich, es Ihnen beizubringen."

„Sofort telegraphieren — nein, ich reise."

„Zu spät. Fast gleichzeitig mit dem Brief kam ein Telegramm: Der Dampfer ist gestern in See gestochen."

„Wo hält er? Ich will — ich . . ."

„Halt, lieber Freund, keine neue Uebereilung."

Wörland stand still.

„Das tut eine Magna Wörland! Pfui! Pfui!"

Der Justizrat trat an ihn heran und legte ihm die Hand auf die Schulter. Er war sehr ernst.

„Nein, lieber Freund, die Schuld tragen Sie."

„Ich?"

„Jawohl, Sie! Waren Sie nicht gleich maßlos? Mußten Sie, weil Ihnen der Kriminalkommissar Angst machte, gleich verdammen und den armen Menschen Hals über Kopf fortschicken? Ohne zu überlegen? Ohne ihn Abschied nehmen zu lassen? Zwangen Sie ihn nicht, das schlimmste und feigste Schuldbekenntnis zu geben, die Flucht? Wäre es nicht männlicher, kaufmännischer gewesen, der Gefahr die Stirn zu bieten, einem Gerichtsverfahren ruhig in das Auge zu sehen, wie er es wollte? Und nun kommt Ihre Tochter heim, sie liebt Magnus. Sie ist eine Wörland, die nichts halb tut. Sie sieht, daß ihr Vater den Mann, von dessen Unschuld sie felsenfest überzeugt ist, einfach der Verdammung preisgibt. Ist es da ein Wunder, daß auch sie übereilt handelt? Ich denke, der Hauptgrundsatz der Wörland ist, ein gegebenes Wort zu halten? Mit Ihrer Einwilligung hat sie Magnus das Wort gegeben, das ganze Leben mit ihm zu teilen, und jetzt verlangen Sie, daß sie es zwei Tage darauf bricht?"

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 28. Januar 1924 die Wahl des Obersekretärs Gottlob Münz beim Stadtschultheißenamt Altensteig zum Ortsvorsteher der Gemeinde Ebhausen bestätigt.

Nagold, den 31. Januar 1924.

312 Oberamt: Münz.

Ausverkaufswesen.

Die Gültigkeitsdauer der am 7. 2. 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Wettbewerbgesetz, wie sie im Gesellschafter Nr. 31 vom 8. 2. 1916 bekannt gemacht worden sind, wird hiermit bis 31. März 1925 verlängert. Es wird darauf hingewiesen, daß auf Saison- und Inventurausverkäufe, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverkehr üblich sind die Bestimmungen über die Pflicht der vorherigen ortspolizeilichen Anmeldung (§ 1—6 genannter Ausführungsbestimmungen) keine Anwendung finden.

Saison- und Inventurausverkäufe sind nur zweimal jährlich und zwar in der Zeit vom 2. Januar bis 15. Februar und 15. Juli bis 31. August zulässig und dürfen einzeln die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen.

Nagold, den 31. Januar 1924.

311 Oberamt: Münz.

Unterjettingen.
Verkaufe am Samstag Lichtmeßfeiertag mittags 2 Uhr ein älteres, vertrautes

Arbeits-Pferd,

unter 2 die Wahl. 300
Jakob Haag, S. S.

Setze 8 Monate altes

Fohlen

dem Verkauf aus auf Lichtmeß. 304
Friedrich Dengler
Oberjettingen.

Linsen
kauft jedes Quantum
(Aufkäufer gesucht)
Max Klett
Großhandlung
Röblingen.

Ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Landwirtschaft sofort oder auf 1. März gesucht. 303
Carl Palmer z. Hohenzollern
Telefon Nr. 10
Birkenfeld OA. Neuenbürg

Dienstmädchen!

Für mein. kleinen Haushalt suche ich sofort ein ordentliches 293

Mädchen

welches schon gedient hat.
Frau Otto Michelson, Calw.

Einen gut erhaltenen

Schubkarren

verkauft. 305
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Wildberg.
Ein schönes jähriges

Rind

hat zu verkaufen 315
Joh. Kreudler, Metzger.

Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nagold und Umgebung.

Das Vorgehen der Landwirtschaftlichen Hauptstelle in Stuttgart gegen die Schaffung der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Nagold u. Umgebung veranlaßt uns, erneut und definitiv Stellungnahme zu dieser Frage zu nehmen.

Wir laden deshalb alle Zeichner von Anteilscheinen und solche, die der Genossenschaft weiter beitreten wollen, die Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine, Darlehenskassenvereine und alle Interessenten der Sache zu einer

Generalversammlung

auf den Lichtmeßfeiertag, Samstag, den 2. Febr. vormitt. 10 Uhr in den Saal des grünen Baum in Altensteig freundlichst ein.

Vorstand und Aufsichtsrat.

Mit obiger Versammlung ist die

Schaffung einer Brandschadenhilfe

durch den landw. Bezirksverein und den Bauernbund verbunden.

Auch hiezu ergeht Einladung. 299

Sie sparen VIEL GELD wenn Sie Ihre EINKÄUFE in der Drogerie
Gebr. Benz
Nagold u. Ebhausen
besorgen. Dort kauft man gute Waren zu anerkannt billigsten Preisen. 296

Sofort für Immobilien u. Hypotheken-Anstalt in Nagold ab 4. 2. 24 ein rede- u. schreibgewandter

Herr oder Fräulein gesucht.

Anfangs Wochenlohn 25—30 Mk. Kaution v. 5—800 Mk. erforderlich. Interessenten bitte ich um sofortige Bewerbung.

308 K. Reich, Kaufmann in Empfingen.

Schulbedarf:

Schulhefte, Schulbücher, Schultafeln, Schreibwaren, Zeichenwaren, Gesangbücher
Grundschulbedarf
sowie alle übrigen Lehr- u. Lernmittel
liefert
In amtl. vorgeschriebener Ausführung
G. W. Zaiser, Nagold.

Nagold. 313

Löwenlichtspiele.

Nur Freitag abend 8.15
Das Verbrechen auf hoher See
Drama in 5 Akten
sowie Beiprogramm
Preis-Ermäßigung
Sperrsitz 50, I. Pl. 30 ₰.

Samstag und Sonntag
Der Reiter ohne Kopf
II. Teil.

Empfehle mein Lager in sämtlichen 246
Schreinerbedarfsartikeln.
Albert Wiedmaier
auf der Insel.

Stempel
Stempelkissen
und
Stempelfarbe
stets vorrätig bei
G. W. Zaiser
NAGOLD.

901 Stuttgart.

Abreißkalender
bei G. W. Zaiser, Nagold.

Freie Schreiner-Innung Nagold.

Versammlung

am Samstag, den 2. Febr. mittags 4½ Uhr in Nagold bei Kollege Hermann Lutz z. Eisenbahn.

Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

306 Der Ausschuß.

Die glückliche Geburt eines 307
Eberhard-Ulrich
zeigen in dankbarer Freude an
Hauptlehrer Reichardt u. Frau Maria geb. Hanselmann
Pfronderf, den 31. Jan. 1924.

310 Nagold, 31. Jan. 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzl. Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Jakob Bräuning

in so reichem Maß erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Dekan, die vielen Kranzspenden, besonders seitens der Inhaber, Angestellten und Arbeiter der Verein. Deckenfabriken Calw-Iselshausen, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung sagen herzl. Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wand-Notiz-Kalender
für 1924
mit Marktverzeichnis und Portotarif
empfiehlt
G. W. Zaiser, Nagold.

Füttert die hungernden Vögel!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw